



Brigitte Zypries

Mitglied des Deutschen Bundestages
Justiziarin der SPD-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 74099
Fax 030 227 – 76125

E-Mail: brigitte.zypries@bundestag.de

Berlin, 23. September 2011

Sperrfrist:

Abstimmung im Bundestag, 23.09.2011, vss. gegen 14 Uhr

Von der Leyens Kahlschlag:

Schwarzer Freitag für Arbeitsuchende in Deutschland

Heute hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der schwarz-gelben Koalition massive Kürzungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik beschlossen. Bis 2014 sollen 8 Mrd. Euro bei der Bundesagentur für Arbeit eingespart werden. „Es ist falsch, wenn die Arbeitsministerin sagt, damit würde bei sinkenden Arbeitslosenzahlen die pro-Kopf-Förderung steigen“, kritisiert die Bundestagsabgeordnete Brigitte Zypries (SPD). „Fakt ist, dass durch die Einsparungen gerade die Schwächsten besonders betroffen sind: Die Langzeitarbeitslosen und die schwer zu vermittelnden Arbeitssuchenden. Doch gerade für diese Menschen sind Instrumente wie der Existenzgründungszuschuss, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Ein-Euro-Jobs von besonderer Bedeutung bei der Integration in den Arbeitsmarkt.“

Unter dem Deckmantel von mehr Effizienz und Effektivität bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden zahlreiche Pflicht- in Ermessensleistungen umgewandelt, das betrifft zum Beispiel das Recht, einen Schulabschluss nachzuholen sowie den Existenzgründungszuschuss. Dabei wird gleichzeitig der Ermessensspielraum für die Arbeitsvermittler durch fehlende Finanzmittel stark eingeschränkt. „Es ist jetzt schon absehbar, dass statt echtem Ermessen häufig ein kategorisches Nein stehen muss, denn schon in diesem Jahr fehlen 2 Mrd. Euro“, so Zypries weiter. „Dringend benötigte Strukturen bei der Aktivierung von Langzeitarbeitslosen werden zerstört – das wird sich auch bei der Darmstädter Arbeitsagentur bemerkbar machen. Frau von der Leyen macht Politik nach Kassenlage, eine Politik, die den Zusammenhalt in der Gesellschaft nicht fördert, sondern die ohnehin Schwachen und Bedürftigen weiter ausgrenzt. Das ist der falsche Ansatz in einer solidarischen Gesellschaft!“